

2 Theoretische Perspektiven: Soziologische Verortung

Die Darstellung eines soziologischen Theorierahmens ist ein Prozess, der die Auseinandersetzung mit verschiedenen Forschungsdiskursen und die Wahl bestimmter Richtungen erfordert. Die Entscheidungen basieren auf der Notwendigkeit, dass sie für die Formulierung forschungsleitender Fragen und zur Interpretation der Daten Relevanz und Nützlichkeit besitzen müssen und Perspektiven erweitern können. In diesem Sinne wird im Folgenden der theoretische Rahmen insofern dargestellt, als zunächst sehr grundlegend begonnen wird, dann Verbindungen von Diskurssträngen aufgezeigt werden und schließlich weiter auf die Fragestellung fokussiert wird.

Grundsätzlich bewegen sich die Begründungen für menschliches Handeln in der Soziologie einerseits zwischen den Dualismen Individuum und Gesellschaft und andererseits zwischen den Polarisierungen Handlung und Struktur. Den Dualismus Individuum und Gesellschaft behandeln soziologische Theorien aus drei grundsätzlichen Richtungen: erstens die von Individualismus (Mikroebene) und zweitens die von Kollektivismus (Makroebene) ausgehenden Sozialtheorien sowie drittens diejenigen Ansätze, die den Makro- mit dem Mikroansatz zu verbinden versuchen. Zu der letzteren Variante gehören die Handlungstheorien (Hill/ Peuckert/ Scherr 2006: 293). In dieser Studie wird untersucht, wie kurdische MigrantInnen, die in unterschiedlichen Kontexten politisch aktiv sind, ihr Handeln begründen, welche Subjektivierung, Identifizierungen und Werte sie präsentieren und welche Zukunftsvisionen sie verfolgen. Es sind Individuen, die auf gesellschaftliche Bedingungen reagieren und zugleich durch ihr Handeln gesellschaftliche Phänomene erzeugen, die sich als Handlungstypologien empirisch beobachten lassen. Somit ist ein Ansatz gefragt, der die Verbindung von Makro- und Mikro-Ebene erlaubt, d. h. die soziologische Handlungstheorie. Gemeinsam ist den soziologischen Handlungstheorien die Relevanz von Struktur für Handlungen (Miebach 2010: 35), wobei diese Relevanz unterschiedlich akzentuiert ist, je nach paradigmatischer Ausrichtung nach eher interpretativem oder normativem Zugang.¹⁹

19 Die unterschiedliche Relevanz von Struktur lässt sich vergleichend bei den Soziologen Bourdieu und Giddens zeigen (Bourdieu 1972, 2009; Giddens 1997). Während Bourdieu mit

Gemeinsam sind den interpretativen Ansätzen, dass alle soziologischen Analysen letztlich auf individuelle Handlungen zurückführbar sein müssen. „Kollektivbegriffe wie ‚Staat‘ oder ‚Familie‘ sind für die Soziologie notwendig, müssen aber in der verstehenden Analyse auf das Handeln von einzelnen Akteuren erklärend zurückgeführt werden“ (ebd.: 31).

Für die vorliegende Studie sind die interpretativen Ansätze von Relevanz, da sie sich im Gegensatz zu dem normativen Ansatz dadurch auszeichnen, dass sie das Individuum als Handlungseinheit bei der empirischen Analyse betonen (ebd.: 25). Gleichzeitig verweisen verschiedene Theorierichtungen auf unterschiedliche idealtypische Handlungslogiken. Sie beschreiben, was den einzelnen Menschen auf der Mikroebene in konkreten Situationen zu einem bestimmten Handeln bewegt, und gleichzeitig klingt bei allen Variationen die Verbindung mit der Makroebene als Kontext und Rahmenbedingung des Handelns an. Es ist zu erwarten, dass mehrere Handlungsmotive gleichzeitig, komplementär in Relation zueinander zusammenspielen können, d. h. Idealtypen sind nicht unbedingt Realtypen. In der Realität ist Handeln vielfältig und komplex, es gibt unterschiedlichste Möglichkeiten und Formen. AkteurInnen und ihr motivationales Innenleben, Akteurskonstellationen, in der Öffentlichkeit artikulierte Interessenlagen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und situationale Faktoren – all dies bildet ein schwer überschaubares Geflecht von Wechselwirkungen, an dessen Ende das Handlungsergebnis steht.

Zusammenfassend halte ich fest: Da ich das Handeln von individuellen AkteurInnen auswerte, bietet sich ein interpretativer handlungstheoretischer Zugang an. Dennoch werde ich aufgrund der Komplexität des Handelns von AkteurInnen nicht auf der Grundlage einer einzigen Handlungstheorie interpretieren.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit politischem Handeln, daher ist eine handlungstheoretische Differenzierung und Konkretisierung notwendig: Was macht *politisches Handeln* aus?

seiner „Theorie der Praxis“ und der Einführung von Begriffen wie kulturelles und symbolisches Kapital, Feld und Habitus die Vorstellung vertritt, dass Menschen nicht frei und selbstgewählt handeln, sondern aufgrund aktuell gegebener oder überlieferter Umstände in ihrem Handlungsspielraum begrenzt sind, vertritt Giddens eher die umgekehrte Sichtweise. Er rekonzeptualisiert Handlung und Struktur aus der interaktionistischen Perspektive, wobei er davon ausgeht, dass selbst unter Bedingungen extrem ungleicher Machtverteilung Handlungsmöglichkeiten bestehen. Dementsprechend schreibt er dem handelnden Subjekt ein Mehr an Autonomie zu, er geht von Praxis der Handlung, Strukturation und Reflexivität aus.

2.1 Politisches Handeln

In komplexen modernen Gesellschaften kann theoretisch durch die enge Verbindung gesellschaftlicher und politischer Belange jede Handlung eine politische Dimension einnehmen. Daher muss der Begriff „politisch“ im Folgenden präzisiert werden.

Der Begriff Politik steht heute vor allem für Partei- und nationale bzw. internationale Regierungspolitik. Von der ursprünglichen Bedeutung her ist Politik aber ein umfassenderer Begriff und bezieht das Handeln von Menschen als Bürgerinnen und Bürger für gesellschaftliche Belange und Interessen ein.²⁰

Nach Arendt ist das politische Handeln dadurch definiert, dass es zum einen Handeln ist und zum anderen im Bereich des Politischen stattfindet. Das politische Handeln als Vorgang wird konstituiert durch erstens eine Vielheit von Menschen, die zweitens je irgendetwas Individuelles wollen, die sich drittens an einem Ort versammeln, die viertens miteinander sprechen und die sich fünftes schließlich einigen (Arendt 2009: 148).

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass eine Handlung nur dann als politische Partizipation betrachtet werden kann, wenn die politische Bedeutung dieser Aktivitäten sichtbar oder zu erwarten ist (van Deth 2001). Sie ist politisch, wenn sie auch öffentlich ausgetragen wird, d.h. politische Handlungen sind öffentliche Entscheidungen, die sowohl den öffentlichen als auch den privaten Bereich betreffen können.

Van Deth (2001) verweist auf die Problematik, die soziale und die politische Beteiligung angemessen theoretisch zu differenzieren. Eine umfassende Definition politischer Partizipation sei für moderne Gesellschaften problematisch aufgrund der engen Verflechtung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, privaten und politischen Bereichen, die es unmöglich machten, dass soziales Handeln ohne politische Relevanz bleibe (van Deth 2001: 203).

In der Partizipationsforschung werden unter politischem Handeln bzw. politischer Partizipation alle Handlungen subsumiert, die motivational bewusst mit dem Erreichen eines politischen Ziels verbunden sind, respektive Verhaltensweisen von BürgerInnen, welche diese alleine oder im Kollektiv anstrengen, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Beteiligung an Politik um-

20 Der Begriff Politik ist vom griechischen Wort Polis abgeleitet. Das heißt Stadt oder Gemeinschaft. In einer Demokratie als der Gesellschaftsform, in der die Macht von den BürgerInnen ausgeht, kann ein Mangel an Partizipation nur destruktiv sein (van Deth 2008: 141). Es gibt eine enge Verbindung zwischen Demokratie und Partizipation: Das aktive politische Handeln der BürgerInnen ist die Voraussetzung dafür, dass eine Gesellschaft funktioniert und Demokratie bestehen bleibt. "Without (citizen participation) there would be no democracy" (Parry et al. 1992: 4, zit. nach van Deth 2008: 143).

fasst somit instrumentelles und zielgerichtetes Handeln (Kaase 2003: 495).²¹ Dabei können sich diese Einflussnahmen sowohl auf eine Ebene als auch auf mehrere Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund) richten und darüber hinaus transnationale Regime einbeziehen (ebd.). Diese Klassifizierungen und Differenzierungen stehen, so muss einschränkend gesagt werden, im starken Maße auch mit den je spezifischen historischen Konstellationen in Verbindung, unter denen die Forschungen stattfanden.²²

Unabhängig von sich verändernden politischen und historischen Konstellationen gibt es in der wissenschaftlichen Forschung traditionell vier Klassifizierungen politischer Partizipation, die in sich differenziert werden und auf die ich im Folgenden eingehe.

Die erste Differenzierung ist die nach verfassten und unverfassten Formen politischer Beteiligung (Kaase 1992: 147).²³ Die zweite Differenzierung der Formen der Partizipation bezieht sich auf den Unterschied zwischen legalen und illegalen Beteiligungsformen (Opp 1992: 441). Zwischen der ersten nach Verfasstheit und der zweiten nach Legitimität gibt es eine dynamische Verbindung, „wenn über einen längeren Zeitraum bestimmte politische Beteiligungsformen in ihrer Legalitätszuordnung Veränderungen erfahren, die in einem systematischen Zusammenhang zu Art und Verlauf des politischen Prozesses gebracht werden können“ (Kaase 1992: 147). So sind einerseits alle verfassten Formen auch legale Formen der Einflussnahme, während umgekehrt dieser lineare Zusammenhang

21 Kaase (2003: 495) definiert politische Partizipation als „Verhaltensweisen von Bürgern, die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“.

22 So fanden bis zum Ende der 1960er Jahre die politische Partizipation und Einflussnahme in den westlichen Demokratien in einem institutionell konzipiertem Beteiligungsraum statt, d. h. in Form von Wahlen politischer Vertretungen und der Mitarbeit in Parteien. Seit dem Ende der 1960er Jahre ist jedoch eine Erweiterung des politischen Verhaltensrepertoires der BürgerInnen festzustellen, wie die Mobilisierung breiterer gesellschaftlicher Kreise, die sich u. a. über die Friedens- und Studierendenbewegungen zeigte. Die BürgerInnen brachten ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck und setzten teilweise Protestformen ein, die illegalen Charakter hatten. Wurde in der Partizipationsforschung anfänglich angenommen, diese Beteiligungsformen seien unverträglich mit der Demokratie oder gar demokratiefeindlich, werden diese heute nicht mehr grundsätzlich als systemfeindlicher Protest gewertet, sondern vielmehr als Erweiterung des Partizipationsrepertoires (Westle 1992: 138). Sie werden in der Forschung als „partizipatorische Revolution“ (van Deth 2001: 203) beschrieben mit der Folge, dass heute vielen jener Beteiligungsformen wie Unterschriftensammlungen, soziale Netzwerke im Internet, Facebook-Gruppen usw. eine hohe Legitimität zugesprochen wird.

23 Als verfasst gelten solche Handlungen, die in einen institutionell klar definierten Kontext eingebettet sind, so z. B. in der Verfassung oder der Gemeindeordnung. In diese Kategorie fallen in erster Linie alle Wahlen zu Parlamenten. Unverfasst sind hingegen jene Aktionsformen, die in einem spontanen oder geplanten Mobilisierungsprozess außerhalb eines institutionalisierten Rahmens entstehen. Sie sind in ihrem Verlauf, ihren Folgen und der Zurechenbarkeit von Entscheidungsverantwortung „institutionell amorph“ (Kaase 1992: 147).

zwischen unverfassten und illegalen politischen Handlungen nicht besteht (Westle 1992: 142).

Die dritte Dimension der Differenzierung ist eng verknüpft mit der zweiten und betrifft die Legitimität versus Illegitimität einer politischen Handlung. Als legitim wird eine politische Handlung bewertet, wenn eine Mehrheit der BürgerInnen diese als rechtmäßig einstuft (Ruhl 2006: 12).

Die vierte Unterteilung ist die zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation. Sie geht zurück auf die sogenannte „Political Action“ von Barnes und Kaase und verbindet die Dimensionen Verfasstheit und Legitimität. Dabei wird nach Kaase konventionelle politische Partizipation als solche „mit hoher Legitimitätsgeltung auf institutionalisierte Elemente des politischen Prozesses, insbesondere der Wahl bezogen“ (Kaase 1992: 148).

Neben dieser klassischen Unterteilung in vier Dimensionen gibt es verschiedene empirische Untersuchungen, die unterschiedliche andere Typisierungen politischen Handelns charakterisieren. Erwähnenswert ist eine neuere Typologie, die den Charakter der Aktivitäten mit den benutzten Kanälen der Repräsentation in Beziehung setzt (Teorell/ Torcal/ Montero 2007: 340-343). Die Autoren gehen in ihrem Modell davon aus, dass es in einer repräsentativen Demokratie zum einen verschiedene Formen politischer Partizipation gibt und dass sich diese Aktivitäten zum anderen an bestimmte Kanäle der Repräsentation richten, die nicht nur PolitikerInnen oder Institutionen sein müssen, sondern z. B. auch KonsumentInnen, wenn beispielsweise zum Produktboykott aufgerufen wird. Entsprechend heißt diese neueste Form der politischen Partizipation „political consumerism“ (vgl. van Deth 2008: 147).

Die Definition von politischer Partizipation, so wird es in den Ausführungen deutlich, unterliegt politisch-historischen Veränderungen, die sich mit einem gewissen time-lag in den differenzierten Definitionen in der Forschung wiederfinden. Es bleibt jedoch die Schwierigkeit, politische Partizipation begrifflich einzugrenzen. In der vorliegenden Arbeit wird von politischer Partizipation dann ausgegangen, wenn die politischen Handlungen nicht nur privaten, sondern auch öffentlichen Charakter haben und entsprechend auch (legal) ausgetragen werden, ferner wenn diese motivational bewusst mit politischen Zielen verbunden sind.

2.1.1 Erklärungsansätze für politisches Handeln

In den vorangegangenen Unterkapiteln habe ich mich mit den soziologischen Definitionen des Handelns und speziell des politischen Handelns befasst. Im Folgenden möchte ich die Perspektive ändern und fragen: Was bringt Menschen dazu, politisch zu handeln? Da ich die RespondentInnen in der Fallstudie nach

der Genese ihres politischen Bewusstseins frage, und dabei vor allem nach dem Prozess in der Migration, werde ich mich im folgenden Kapitel mit theoretischen Erklärungsansätzen für politisches Handeln befassen.

Fragen nach der Verankerung politischer Beteiligung in einer Gesellschaft gehören zum klassischen Gegenstand der Soziologie und werden in der politischen Partizipationsforschung, aber auch in der Bewegungs- oder der Biographieforschung behandelt. Die Forschungsströmungen variieren in ihren Schwerpunkten nach Erkenntnisinteresse, je nachdem, ob sie sich mit sozialstrukturellen und sozioökonomischen Aspekten oder eher mit motivationalen Aspekten und Einstellungen als Determinanten für politisches Handeln befassen.

Erklärungen für politisches Handeln aus der politischen Partizipationsforschung

In der Partizipationsforschung gibt es viele Ansätze und Überlegungen zur Erklärung politischer Partizipation. Dabei konnten Theorien wie die Political Opportunity Structure (POS), die auf situative und kontextuelle Faktoren verweisen, politische Partizipation nicht ausreichend erklären. Daher wird in der neueren Forschung der Fokus der Erklärungen „nicht bei den Möglichkeiten, Anreizen und Herausforderungen (‘incentives’) gesucht, sondern bei den individuellen Merkmalen einzelner Bürger und ihrer mikro-theoretischen Kontexte (‘resources’)“ (van Deth 2009: 153), d. h. die Schulbildung, das Einkommen, das Geschlecht sowie die gesellschaftliche Position rücken in den Fokus. Diese Merkmale bestimmen maßgeblich die Chance zur politischen Partizipation, und zwar nicht nur im konventionellen Bereich, sondern z. B. auch bei Protest- oder ehrenamtlichen Aktivitäten (van Deth 2009: 152-154).

Verba und Nie (1972: 125-137; Verba et al. 1978) entwickelten ein sozio-ökonomisches Standardmodell, demzufolge die Chance, sich konventionell politisch zu engagieren, positiv von individuellen sozioökonomischen Ressourcen beeinflusst wird. Entstehende politische Ungleichheit kann aus dieser Perspektive nur durch angemessene institutionelle Arrangements, welche die Mobilisierung ressourcenschwacher Bevölkerungssegmente gewährleisten, kompensiert werden.

Dieses „sozioökonomische Standardmodell politischer Partizipation“ (SES-Modell) ist in den 1990er Jahren von Verba und seinen Mitarbeitern (Verba et al. 1995: 267-460) kritisch überprüft, durch Elemente einer Theorie des rationalen Handelns angereichert und zu einem „Civic Voluntarism Model“ erweitert worden. Dieses Modell benennt Faktoren wie Motivation und soziale Kontakte als entscheidend für politische Partizipation. Weitere Faktoren sind politische Orientierung und das Gefühl, mit seinen Aktivitäten etwas erreichen zu können. Die-

ses politische Selbstvertrauen hat Einfluss auf die geschätzte eigene Wirksamkeit und den Einfluss der Aktivitäten auf politische Prozesse (vgl. van Deth 2008: 154).²⁴ Zusammengefasst heißt das: Kontexte, sozioökonomische Ressourcen, Motivation, soziale Kontakte und politische Orientierungen haben entscheidenden Einfluss auf die politische Partizipation einzelner BürgerInnen.

Bezüglich der Weiterentwicklung des theoretischen Modells zur politischen Partizipationsforschung ist nach van Deth (2001) Putnam besonders erwähnenswert. Er hat in seinen Arbeiten eine Entwicklung angestoßen, die den Blick stärker auf Fragen der sozialen Partizipation und ihre Beziehung zur politischen Partizipation richtet. Das Sozialkapital (Vertrauen, Netzwerke sowie geteilte Werte und Normen) ist dabei als Grundlage gemeinschaftsorientierten Handelns zu sehen und eng verknüpft mit der Frage nach der künftigen Qualität demokratischer Regierungsweise. Putnam thematisierte Demokratiequalität auch über die Annahme einer wachsenden politischen Apathie. Andere ForscherInnen interpretieren die Abnahme an den verfassten politischen Partizipationsformen nicht als Apathie, sondern als einen Wandel der Formen des politischen Engagements (Zukin et al. 2006). Van Deth verweist darauf, dass durch die Abnahme der Beteiligung bei den verfassten Partizipationsformen deliberative Verfahren in den Vordergrund rücken (van Deth 2009: 156).

Neben der Veränderung des politischen Engagements stellt ebenso die steigende Heterogenisierung demokratischer Gesellschaften eine Herausforderung für die Demokratiequalität dar. Hierbei lassen sich zwei Ebenen unterscheiden: „die strukturelle Dimension der sozioökonomischen Heterogenität, die auf interessenbasierten Verteilungskonflikten beruht, und die kulturelle Dimension der ethnischen oder religiösen Heterogenität, die sich auf identitätsbezogene Fragen der Anerkennung bezieht“ (Brugger 2009: 329).

Für den Zusammenhang von sozioökonomischer und ethnischer Heterogenität in Demokratien (Stoiber/ Knodt 2009) hat sich die Regel kristallisiert: Gibt es eine Intersektion zwischen sozioökonomischer und ethnischer Ungleichheiten, d. h. sind sozioökonomisch benachteiligte Teile der Gesellschaft parallel benachteiligte oder exkludierte Gruppen und Minderheiten, kann es zu einem verstärkenden Effekt und damit zu gravierenden Problemen für eine Demokratie kommen. Um dem entgegenzuwirken, müssen sensible Inklusionsstrategien und effektive Partizipationsstrukturen geschaffen werden. Dabei sind gerade letztere von großer Bedeutung, dennoch können selbst optimale Bedingungen nicht gewährleisten, dass sich alle BürgerInnen politisch beteiligen.

24 Das Civic Voluntarism Model von Verba, Brady und Scholzman wird auch zur Analyse des politischen Partizipationsverhaltens von ZuwandererInnen in Deutschland herangezogen (z. B. bei Müssig 2009).

Empirisch nachgewiesen ist, dass es für alle Formen politischer Beteiligung zu einer sogenannten selektiven Rekrutierung der ressourcenstarken Teile der Bevölkerung kommt, wobei es keinen linearen Zusammenhang zwischen politischer Ungleichheit und sozialer Ungleichheit gibt (van Deth 2008: 154). Die Möglichkeit der Partizipation allein bedeutet nicht, dass Personen sie auch tatsächlich nutzen.

Ebenso empirisch belegt ist, dass nicht bei jedem sich beteiligenden Individuum eine instrumentelle, auf politische Ziele hin gerichtete Partizipationsmotivation unterstellt werden kann. So kann eine Person motiviert durch politische Zielsetzungen, aus hedonistischen Motiven oder aus einem Mobilisierungszusammenhang ohne auf Partizipationsziele gerichtete Erwägungen politisch handeln. In allen Fällen bleiben die individuellen Merkmale (wie Ressourcen, Netzwerke usw.) relevant, auch wenn sie unterschiedliche Erklärungen für das politische Handeln bieten.

Für die vorliegende Untersuchung ist es wichtig, festzuhalten, dass aus den ausgeführten theoretischen Erklärungen der politischen Partizipationsforschung ersichtlich wird, dass politisches Handeln nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern bestimmten motivationalen und sozialstrukturellen Einflussfaktoren unterliegt. Diese stehen in Wechselwirkung miteinander. So wird kaum jemand die Initiative ergreifen, z. B. eine Bürgerinitiative zu gründen, wenn er oder sie nicht glaubt, politisch wirksam handeln zu können. Die persönliche Wirksamkeit ist wiederum mit persönlichen Ressourcen verbunden, die meist durch Bildung, Beruf und Einkommen bestimmt sind. Weitere wichtige Einflussgrößen auf die Bereitschaft zur Partizipation sind Geschlecht, Alter und institutionelle Gegebenheiten. Neben diesen sozialstrukturellen Aspekten, die die Kompetenz und das Vertrauen in die eigene politische Kompetenz beeinflussen, und neben mobilisierenden Ereignissen ist der Drang, etwas Bestimmtes bewirken zu wollen, eine wichtige Determinante politischer Beteiligung (Hoecker 1995: 17). Auf eine Formel gebracht lauten die Bedingungen für politische Beteiligung: Die Kumulation von Können (Ressourcen), Zulassen (Opportunitäten) und Wollen (Motivationen) erhöht die Wahrscheinlichkeit für politisches Handeln.

Politische Partizipationsforschung aus geschlechtersensibler Sicht

Die klassische politische Partizipationsforschung wird von geschlechtersensiblen ForscherInnen als geschlechtsblind und auch darüber hinaus als unzureichend kritisiert (Westle 2001: 134-138), da ihr Politikbegriff im begrenzten Horizont politischer Institutionen und ihrer FunktionsträgerInnen bleibe (Sauer 1994: 102). Politisches Handeln beziehe sich in der gängigen Partizipationsforschung auf das

Konzept eines politischen Raums, welches auf eine nicht zutreffende Trennung von öffentlicher und privater Sphäre beruhe. Westle analysiert den Mainstream des politikwissenschaftlichen Diskurses und kritisiert, dass dieser auf dem Paradigma des „male-stream“ beruhe (2001: 131). Sie konkretisiert in ihrer Analyse vier Interpretationsmuster des main- bzw. male-streams: erstens eine generelle Geschlechtsblindheit und ein Desinteresse für frauenrelevante Themen, zweitens die Perpetuierung des Mythos von der apolitischen, konservativen, demokratie-unfähigen Frau und damit einhergehend drittens die Norm des männlichen Aktivbürgers in Verbindung mit dem Defizitansatz, welcher Frauen an Männer misst und als defizitär ausweist, viertens die Verwendung eines eingeschränkten Politikbegriffs mit einer Konzeptualisierung von Geschlecht als unabhängige Variable statt als analytische Gesellschaftskategorie (Westle 2001: 134-138).

Die Kritik, die hier von den geschlechtersensiblen Forscherinnen geäußert wird, formuliert den Anspruch der Demokratie, die Gesamtheit aller BürgerInnen zu betrachten und in der Forschung zu beschreiben. Ferner verweist sie auf die Realität, dass sich politische Partizipation und ihre Erforschung in normativen Rahmen und nicht frei von Hierarchisierungen – auch der Denkstrukturen – abspielen.

Die von Westle (2001) genannte Kritik, dass Geschlecht als unabhängige Variable und nicht als analytische Gesellschaftskategorie in der politischen Partizipationsforschung konzeptualisiert wird, kann ebenso bei der Kategorie Ethnizität von Bedeutung sein. Ethnizität bekommt im Migrationskontext eine sichtbare Relevanz, da aus der Perspektive des Nationalstaates immer diejenigen eine „Ethnizität haben“, die immigriert sind. Die Thematisierung der hierarchisierten Mechanismen für Teilhabe, Anerkennung und Repräsentation spiegeln sich eben auch in der Frage nach der politischen Integration von MigrantInnen: Die Forderung der Wahrnehmung von MigrantInnen als politische AkteurInnen ist sehr grundlegend. Die hierarchischen Mechanismen sind bereits in der Forschung aufgegriffen worden: So hat Schwenken (2000) die nicht sichtbaren illegalisierten MigrantInnen und die Migrantinnenbewegungen fokussiert und damit Differenzlinien aufgezeigt. Gleichzeitig gibt es aufgewertete idealisierte politisch Aktive als „Top-Girls“ (McRobbie 2010) oder „Top-Boys“, die politisch sichtbar gemacht werden. Hier manifestiert sich die Verflechtung von Geschlecht, Ethnizität und Körper mit politischer Repräsentation.

Was folgt nun aus der formulierten gendersensiblen Kritik?

Für die politische Partizipation von Frauen existiert selbstverständlich keine monokausale Erklärung, sondern sie ist vielmehr von vielen miteinander ver-

flochtenen Determinanten abhängig, die Hoecker (1995) zu drei zentralen Konzepten zusammenfasst: den sozialstrukturellen²⁵ Faktoren, den institutionellen Faktoren und der politischen Kultur, die in einem komplexen Zusammenspiel verflochten sind. Gerade bei den institutionellen Faktoren (Wahlsystem, Rekrutierungsverfahren) zeigen sich in signifikanter Weise die Bedeutung der Kategorie Geschlecht (Geschlechterrollenbilder, Leitbild am Ernährermodell), die auf verschiedene Weise zum Tragen kommen, z. B. durch die geschlechterdifferenzierte Arbeitsteilung in der Familie, durch Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt oder durch traditionelle geschlechtersegregierende Muster in der Sozialisation²⁶. Nach Hoecker (1995) gäbe es zwar Ermunterungen, dass mehr Frauen sich auf politische Ämter bewerben sollten, jedoch führten diese selten zu expliziten Maßnahmen, was den Eindruck erwecke rein rhetorischer Natur zu sein. Ferner habe die ideologische Ausrichtung der Parteien Einfluss auf die fehlende oder unzureichende Förderung der politischen Partizipation von Frauen.

Durch die theoretischen Arbeiten gendersensibler Wissenschaftlerinnen vollzog sich ein paradigmatisches Umdenken von der Frau mit defizitärem Politikverständnis hin zu der Frau mit einem anderen, sich von Männern unterscheidenden Politikverständnis (Ruhl 2006: 7). Inzwischen gelten in der Geschlechterforschung jedoch beide Ansätze (Defizit- und Differenzansatz) als überholt, die Diskussion beleuchtet nunmehr die Differenzierungen zwischen Frauen (und zwischen Männern).

In der aktuellen gendersensiblen Partizipationsforschung stehen die Evaluation der Repräsentation und die Entwicklung von Erklärungsmustern für Exklusionsmechanismen auf nationaler und internationaler Ebene im Fokus (ebd.).

Die Forschungen lassen sich dabei im Wesentlichen in zwei Strömungen einteilen: zum einen in diejenigen, die sich eher mit statistischen Daten und möglichen Erklärungsansätzen auf sozialstruktureller Ebene befassen (z. B. Hoecker 1995; Norris 2001), zum anderen in jene, die exemplarisch Aspekte der Identität und Selbstwahrnehmung in Bezug auf politische Partizipation analysieren (z. B. Meyer 1997; Childs 2004). Daneben existieren nur vereinzelt Arbeiten, die sich um die Verbindung der beiden Richtungen bemühen (z. B. Ruhl 2006).

Ruhl (2006) überprüft beispielhaft die von Hoecker benannten Determinanten (Sozialstruktur, Institution, politische Kultur), um die Unterrepräsentanz von Frauen in der britischen Politik zu untersuchen. Wertvorstellungen und Politisierungsprozesse nennt sie als Faktoren politischer Kultur. Sie übernimmt dabei die Definition von Hoecker und Fuchs und bezeichnet politische Kultur als „die

25 Die sozialstrukturellen Faktoren (Bildung, Erwerbsarbeit, ökonomische Situation, finanzielle Ressourcen) bedingen ungleiche Möglichkeiten zur politischen Teilhabe.

26 Frauen verfügen dadurch über weniger zeitliche und finanzielle Ressourcen als Männer, hegen seltener politische Ambitionen und haben weniger Selbstbewusstsein für eine Kandidatur.

Politische Identität-Ethnizität-Geschlecht
Selbstverortungen politisch aktiver MigrantInnen
Ghaderi, C.
2014, XX, 411 S. 4 Abb., Hardcover
ISBN: 978-3-658-05296-6